

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

32. Jahrgang / 185

27. September 1977

Egon Lutz MdB beklagt  
auf dem Arbeitsmarkt  
einen "gnadenlosen Aus-  
leseprozeß"

Seite 1/2

Alfons Bayerl MdB meint,  
daß das CSU-Manifest "für  
ein freies Europa" die  
tatsächlichen Probleme  
Europas ignoriert

Seite 3/4

Werner Buchstaller MdB  
schildert das traurige  
Bild der Zerrissenheit  
und Isolierung der CDU/  
CSU bei der Nordatlanti-  
schen Versammlung

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 69 11

Eine glatte Fünf in Sachen Solidarität

-----  
Auf dem Arbeitsmarkt herrscht ein gnadenloser Ausleseprozeß

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der  
SPD-Bundestausfraktion

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird zunehmend auch zur Na-  
gelprobe unserer Gesellschaft in der Frage, wie es denn um  
unser solidarisches Empfinden mit den arbeitslosen Mit-  
bürgern steht. Um einen Zwischenbefund vorwegzunehmen: wir  
haben den Test nicht bestanden. Es kommt vielmehr zu einem  
gnadenlosen Ausleseprozeß und zu einem Herausdrängen der  
Leistungsgeminderten aus dem Arbeitsmarkt. Die Folge: immer  
mehr sammeln sich die "schlechten Risiken" bei den Arbeits-  
ämtern, ihre Wiedereingliederung wird schwierig bis unmög-  
lich.

Die Zahl von derzeit 40.000 arbeitslosen Schwerbehinderten  
ist nur ein Indikator - möglicherweise noch nicht einmal  
der gewichtigste - dieses Verdrängungsprozesses. Es zeigt  
sich, daß weder die "Bestrafung" mit der Ausgleichsabgabe  
für nichtbesetzte Schwerbehinderten-Pflichtplätze, noch  
die "Belohnung" mit Eingliederungshilfen ausreichen, um den  
Behinderten dauerhafte Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu er-  
öffnen. Alte Vorurteile sind offenbar nur schwer aufzubre-  
chen. Man fürchtet in den Unternehmen Unbequemlichkeiten,

man schreckt vor dem erhöhten sozialen Schutz für Behinderte zurück und zahlt lieber 1.200 DM im Jahr, um das Problem draußen vor dem Werkstor zu halten. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: nicht etwa nur private Unternehmen handeln so - Bund, Länder und Gemeinden, Post und Bahn haben da auch keine weiße Weste. Geradezu abenteuerlich hören sich die Begründungen an, mit denen ein derartiges Verhalten gerechtfertigt wird. Hier einen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen, müßte die erste Aufgabe sozialdemokratischer Parlamentarier sein. Sie dürften dabei auch vor dem drastischen Mittel nicht zurückscheuen, jedem Haushalt die Zustimmung zu versagen, bei dem schon im Mittelansatz die Zahlungen für die Ausgleichsabgabe fest eingeplant sind.

Wie gesagt: das Behindertenproblem ist nur eine Facette des inhumanen Ausleseprozesses. Und dabei hat der Gesetzgeber hier immerhin ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem er gegensteuern kann. Trostloser schaut die Lage jener Arbeitnehmer aus, die leistungsgemindert sind ohne schwerbehindert zu sein. Das sind die älteren, die langsameren, die kränkelnden Arbeitslosen, die, einmal auf die Straße gesetzt, nur schwer wieder eine neue Tätigkeit finden. Ihnen droht das Dauerschicksal Arbeitslosigkeit und auch die Palette staatlicher Eingliederungshilfen hat ihre Lage nicht grundsätzlich bessern können.

Genau genommen haben sie nur in der Hochkonjunktur eine dauerhafte Chance auf dem Arbeitsmarkt. Vor Jahren waren sie noch gut genug, ihren Beitrag zum Sozialprodukt zu leisten, heute merzt man sie aus und vergißt sie. Übel dran sind jene Mitbürger, die schon zwölf Monate oder länger ohne Beschäftigung sind. Sie sammeln Absagen, wie andere Leute Briefmarken. Auch so zerbrechen Menschen. Es ist ein schauerlicher Automatismus unserer Leistungsgesellschaft.

Selbst wenn sie einmal eine Chance bekommen, ist es fraglich, ob sie von Dauer ist. Man erwartet zumeist, daß auch der Langzeitarbeitslose aus dem Stand heraus die Normleistung erbringt. Daß gerade er eine Eingewöhnungsphase braucht, daß er nur allmählich wieder belastet werden kann, wird übersehen. Er "stört" das Betriebsgeschehen, versaut den Gruppenakkord, liefert anfangs zuviel Ausschuß und wirft nicht selten nach acht, zehn Tagen entmutigt das Handtuch. So entsteht das Vorurteil vom faulen, lebensuntüchtigen Arbeitslosen, der sozusagen mit Recht zur Untätigkeit verdammt sei.

Mit Geld allein ist diesem Problem nicht beizukommen. Hier braucht es viel Verständnis, den Mut zur Mitmenschlichkeit, echtes solidarisches Verhalten. Manch einer wird meinen, das seien nun gewiß blauäugige Forderungen, schließlich sei der Betrieb kein Resozialisierungscamp, kein Kurheim - mit Recht zähle allein die Leistung. Schlimm, wenn das so ist. Die geschlossene Gesellschaft der Tüchtigen verdient eine glatte Fünf in Sachen Solidarität.

(-/27.9.1977/ks/ja)

Gegen ein Europa der Banken und Konzerne  
-----

CSU-Manifest ignoriert die tatsächlichen Probleme Europas

Von Alfons Bayerl MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender  
der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Seit 1953 existiert eine Investitionsmeldestelle bei der EG-Kommission. Sie bietet innerhalb einer gemischten Wirtschaftsordnung die notwendige Information und fördert eine sinnvolle Strukturpolitik. Die CSU hat davon noch keinen Wind bekommen: In einem großspurigen "Manifest für ein freies Europa", das der CSU-Parteitag letztes Wochenende nahe dem Münchner Oktoberfest ohne Diskussion verabschiedete, preist sie nach wie vor die sogenannte freie und nicht die soziale Marktwirtschaft als ein Essential für ein vereinigtes Europa.

Ein "freies Europa" im Sinne des CSU-Manifestes wäre auf besondere Art frei: Frei nämlich von gleichen politischen Rechten der EG-Bürger, frei von sozialer Gerechtigkeit, frei von jeglicher Mitverantwortung der 255 Millionen EG-Bürger. Das "freie Europa" nach dem CSU-Modell würde weiterhin lediglich Freiheit für Großkonzerne, Großbanken und Großverdiener in der Wirtschaft bedeuten. Es bliebe ein Europa nur des gemeinsamen Marktes. Das ist nicht das Europa der Bürger.

Die Bürger des europäischen Marktes müssen zu gleichberechtigten politischen Bürgern werden, die nicht nur ungehinderte Freizügigkeit als Arbeitnehmer besitzen, sondern auch im Sinne eines freiheitlichen, demokratischen Europa überall dort, wo sie leben und arbeiten, voll die Menschenrechte und die politischen Rechte für sich verwirklichen können. Im CSU-Manifest erscheint der Begriff Arbeitnehmer nicht ein einziges Mal. Daß es in Europa eine hohe Arbeitslosigkeit gibt und daß ihre Beseitigung die Voraussetzung für gleiche, gerechte und solide Lebensverhältnisse in ganz Europa ist, unterschlägt die CSU. In ihrem Manifest versteigt sich die CSU zu der Behauptung, nur sie kämpfe für die Menschenrechte in den kommunistischen Staaten.

Ausgerechnet die CSU, die zusammen mit Albanien gegen alle Staaten Europas, die USA und Kanada die KSZE-Konferenz von Helsinki abgelehnt hat, beruft sich nun auf die KSZE-Vereinbarungen. Wann werden Herr Strauß und seine CSU-Reaktionäre endlich

erkennen, daß es die Politik des Friedens, der Entspannung und der KSZE-Vereinbarungen war, die der Menschenrechtsidee in den kommunistischen Staaten so ungeheuren Auftrieb gegeben haben. Und daß die Freiheitsidee des demokratischen Sozialismus erheblich mehr Faszination auf die Menschen in unterdrückten Systemen ausübt, als die Ideologie des kapitalistischen Liberalismus.

Franz Josef Strauß, der den Rattenfänger für ein reaktionäres Europa spielen will, strebt offensichtlich auch eine geschlossene Gesellschaft der reichen Europäer an: Die Beitrittsanträge Spaniens, Portugals und Griechenlands, die eine klare Option für die Demokratie und Europa gegeben haben, werden von der CSU ignoriert. Wir Sozialdemokraten meinen aber, daß Wege zur raschen Aufnahme dieser Staaten in die EG gefunden werden müssen, wenn Europa keine Zweiklasseninstitution bleiben soll. Die CSU will allein die Vergangenheit festschreiben, für sie ist der gemeinsame Markt das Endziel eines politisch geeinten Europas. Doch der gemeinsame Markt war nur eine Etappe auf dem Weg zur Währungs- und Wirtschaftsunion. Heute weiß jeder, daß dieses Ziel allein über den gemeinsamen Markt nicht erreichbar ist. Denn der gemeinsame Markt hat das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den nördlichen und westlichen Industriestaaten einerseits und den schwachen Regionen Europas wie Irland und Süditalien andererseits noch weiter vergrößert. Die EG braucht eine neue Sozial- und Strukturpolitik, die Arbeitsplätze und gesicherte Existenzen schafft. Doch all das berührt die CSU nicht.

Ebenso wenig erwähnt sie die bisherige verhängnisvolle Agrarpolitik, die den meisten EG-Bürgern mit der Verschleuderung von Milliarden Mark zu einem desintegrativen Ergebnis geworden ist. Die 255 Millionen EG-Bürger brauchen kein rechtskonservatives und reaktionäres Sammelbecken ewiggestriger Sonntagsredner, die "freies, vereintes Europa" sagen und ein freies Europa lediglich für Multis, Banken und Geschäfte meinen. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten

- die Forcierung der Regionalpolitik und eine Verstärkung des Sozialfonds;
- die Kontrolle der multinationalen Konzerne, Banken und Geschäfte;
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften;
- die gleichen politischen und sozialen Rechte für alle EG-Bürger,

Wir müssen nun ein Europa der Völker und der Arbeitnehmer verwirklichen. Wohlfeile Sonntagsreden helfen nicht weiter und können die Bürger-Direktwahl nicht mobilisieren.

(-/27.9.1977/vo-he/ja)

Ein trauriges Bild der Zerrissenheit und Isolierung

-----  
Wie die CDU/CSU auf der internationalen Bühne operiert

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und der  
Nordatlantischen Versammlung

Nach elf Jahren tagte erstmals wieder ein NATO-Gremium auf französischem Boden. Vom 17. bis 24. September fand in Paris die XXIII. Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung statt. Der größte Teil der französischen Presse reagierte auf die Anwesenheit der NATO-Parlamentarier in der französischen Hauptstadt negativ. Aber immerhin gehören der Nordatlantischen Versammlung genauso wie der Westeuropäischen Union Vertreter der parlamentarischen Körperschaften Frankreichs an. Es war sicherlich gut, dies einmal zu unterstreichen und Paris als Tagungsort zu wählen.

Leider hat die CDU/CSU sowohl im Militärausschuß als auch bei den Plenarberatungen und -entscheidungen einen desolaten Eindruck hinterlassen. Dem Vorsitzenden des Unterausschusses "Gegenseitige und ausgewogene Truppen- und Rüstungsreduzierung" der Nordatlantischen Versammlung (NAV), Alfons Pawelczyk, MdB (SPD), gelang es, durch eine ausgewogene Berichterstattung und einen entsprechenden Entschließungsantrag deutlich zu machen, daß der Frieden nicht nur mit militärischen Mitteln gesichert werden kann, sondern daß neben den Verteidigungsanstrengungen alle politischen und vertraglichen Möglichkeiten einer Friedenssicherung mit ganzer Kraft vorangebracht werden müssen. Nach einer intensiven Diskussion wurde der Entschließungsantrag sowohl im Militärausschuß als auch im politischen Ausschuß einstimmig angenommen.

Nicht so glatt lief im Militärausschuß der Tagesordnungspunkt Wahl des Vorstandes für die nächste Legislaturperiode. Die deutschen Mitglieder des Ausschusses waren sich einig darin, daß die Bundesrepublik in diesem Viererkreis mit vertreten sein soll. Die sozialdemokratischen Mitglieder erklärten sich bereit, die Kandidatur von Carl Damm, MdB, (CDU/CSU), für das Amt eines der stellvertretenden Vorsitzenden zu unterstützen, weil sie einerseits respektierten, daß er der stärksten Fraktion im Deutschen Bundes-

tag angehört, und weil er als Vorsitzender des Unterausschusses "Rüstungs-Kooperation" der NAV gute Arbeit geleistet hatte. Dann lief die Wahl. Patrick Wall aus Großbritannien wurde einstimmig zum Vorsitzenden, der Niederländer Klaas G. De Vries einstimmig zum Berichterstatter, und Senator Sam Nunn (USA) einstimmig zum ersten Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Schwierigkeiten gab es erst bei der Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. Von der CDU/CSU war bei diesem Abstimmungsvorgang nur der Kollege Damm anwesend. Als Kandidat konnte er sich nicht selbst vorschlagen. Also mußte das ein Sozialdemokrat übernehmen. Gegen ihn wurde aus dem konservativen Lager der noch konservativere Mc Donald aus Kanada nominiert. Damm wurde mit elf zu zehn Stimmen bei einer Stimmenthaltung gewählt. Diese Mehrheit für Damm war nur möglich, weil die zwei sozialdemokratischen Abgeordneten seine Kandidatur mitgetragen haben. Das war eine schlechte Demonstration christdemokratischer Solidarität. Pikant dabei ist, daß der fehlende Mann aus dem christdemokratischen Lager der CSU-Politiker Dr. Richard Jäger war.

Die Zerrissenheit und Isolierung der CDU/CSU wurde aber erst in der Plenardebatte zum gleichen Antrag richtig deutlich. Carl Damm sah sich oder wurde veranlaßt, durch eine langatmige Erklärung zur Interpretationsfähigkeit einzelner Punkte der EntschlieÙung darzulegen, warum er, wenn auch nur mit halbem Herzen und mit vielen Vorbehalten, der EntschlieÙung zugestimmt habe. Dr. Alois Mertes, MdB, (CDU/CSU), der offensichtlich erst zu den Plenarsitzungen nach Paris kam, tat in einer Art persönlicher Erklärung kurz und bündig kund, daß er dieser EntschlieÙung nicht zustimmen könne. Dann kam die Abstimmung. Die EntschlieÙung wurde vom Plenum gegen zwei Stimmen angenommen. Die Parlamentarier aus 14 Ländern gaben einstimmig ihr Votum für die EntschlieÙung ab. Nur die deutsche Delegation machte dank der CDU/CSU-Delegation eine Ausnahme. Die Abgeordneten der Koalitionsparteien und ein Oppositionsparlamentarier stimmten dafür, zwei CDU/CSU-Männer dagegen. Sozusagen zwei gegen alle. Dr. Mertes wird sicherlich eine Erklärung finden, daß mit dieser Außenseiterrolle der CDU/CSU das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Europa und in der Welt gemehrt werden soll.

Als dann in der Abschlußsitzung des Plenums, ohne daß die deutsche Delegation auch nur die geringste Information darüber erhalten hätte, geschweige denn befragt worden wäre, der langjährige Berichterstatter im Politischen Ausschuß der NAV und CDU-Politiker Erik Blumenfeld für das Amt eines Vizepräsidenten der Versammlung kandidierte, konnte nur noch er selbst über seine vernichtende Niederlage überrascht gewesen sein. Von 92 Stimmen bekam er 30.

Bleibt nur zu hoffen, daß der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Wörner, von seinem derzeitigen Informationsaufenthalt in China für seine Fraktion neue Erkenntnisse für die politische und militärische Zusammenarbeit in Europa mitbringt.

(-/27.9.1977/ks/hgs)